

Voll gepacktes Arbeitsprogramm für Staatssekretär Melchior Wathelet in Eupen

Irritationen von Oktober 2007 gehören der Vergangenheit an

Von Jürgen Heck

Davon, dass er im Oktober 2007 einen bösen Brief der Gemeinschaftsminister Bernd Gentges (PFF) und Oliver Paasch (PJU-PDB) erhalten hatte, war beim gestrigen Arbeitsbesuch von Staatssekretär Melchior Wathelet (CDH) nichts mehr zu spüren.

Dabei folgte Wathelet gestern der damals ausgesprochenen Einladung, doch aus den verschiedensten Gründen musste das Treffen mehrmals verschoben werden und aus dem damaligen Abgeordneten ist inzwischen ein Staatssekretär geworden.

ZweisprachigerBezirk Verviers

Zur Erinnerung: Paasch und sein Amtsvorgänger Gentges hatten sich vor 15 Monaten in einem offenen Brief an Wathelet bitter über dessen Aussagen in der RTBF-Fernsehsendung »Mise au point« beschwert. Vor laufenden Fernsehkameras hatte Wathelet der DG unterstellt, frankophonen Schülern den Zugang zu ihren Schulen zu verwehren. Doch, wie gesagt, diese Missverständnisse sind lange ausgeräumt, und gestern wünschte sich der Staatssekretär, auch Vorsitzender des »Forum des Forces Verviétoises«, dass der gesamte Bezirk Verviers stärker seine Zweisprachigkeit ausspiele. Die Kontakte zwischen Eupen und Verviers sollten intensiviert und nicht auf das Unterrichtswesen beschränkt, sondern auf Soziales, Sport, Kultur und Unternehmen ausgedehnt werden. Dafür, dass das noch nicht der Fall sei, müsse es ein »mea culpa francophone« geben, so Wathelet, dem DG-Unterrichtsminister Paasch zuvor die Anstrengungen der Gemeinschaft zur Verbesserung der Sprachenkenntnisse erläutert hatte. Die DG sei dabei zwar im europäischen Vergleich ein guter Schüler, aber das alles sei nicht ausreichend. »Belgien muss seine kulturelle Vielfalt viel mehr als Chance nutzen«, so Paasch.

Zweiter Schwerpunkt des voll gepackten Arbeitsprogramms war der Themenbereich Familie, für den der Staatssekretär in der Föderalregierung ebenso zuständig ist, wie für den Haushalt. Wathelets absolute Priorität in dieser Befugnis ist die Schaffung eines Familiengerichts. So sollen Gerichtsbeschlüsse harmonisiert und die Spezialisierung der Magistrate erleichtert werden sowie Gerichtsverfahren in Familienangelegenheiten bevorzugt unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Konkret bedeutet dies, dass ein und derselbe Richter, beziehungsweise ein und dieselbe Gerichtssektion, sich mit Scheidung, Kindersorge, Unterhaltsrente und Alimente befassen soll.

Dienstleistungsschecks für Kinderbetreuung

Im Rahmen seiner breit angelegten Konsultation unterbreitete er gestern seine Vorstellungen den Verantwortlichen des Gerichtsbezirks Eupen, wobei der ehemalige Anwalt Wathelet an die spezifischen Probleme im hiesigen Gerichtsbezirk erinnert.

Thema war auch die Ausdehnung des Systems der Dienstleistungsschecks auf die Kleinkindbetreuung, die eins der vielen Beispiele dafür sei, dass Föderalregierung und Teilstaaten praktisch zu einer Zusammenarbeit verurteilt sind. Wie in Flandern und der Französischen Gemeinschaft wurde der Staatssekretär, der unter anderem von seinem ostbelgischen Mitarbeiter Luc Frank begleitet wurde, auch in Eupen mit Befürchtungen konfrontiert, dass so die Qualität der Betreuung in Gefahr geraten könnte. Wathelet zeigte sich diesen Argumenten gegenüber aufgeschlossen, zumal es nicht darum gehe, durch die Dienstleistungsschecks für unlautere Konkurrenz zu sorgen.

Neben einem Meinungs austausch über die Aufnahmefamilie, deren Statut noch nicht von der Föderalregierung festgelegt wurde, deren Begleitung und Unterstützung aber Aufgabe der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist, gab es schließlich auch noch einen Zwischenbericht über den Stand der Website www.diefamilien.be, die ihren Rückstand gegenüber den französisch- und niederländischsprachigen Schwesterangeboten endgültig wettmachen soll.